

# Kommentar zur MWK-Antwort 29.01.2010 auf die Landtagsanfrage

## Feststellung

Der ddp-Korrespondent hat nicht nach neueren Entwicklungen zur Zivilklausel, sondern eindeutig nach dem möglichen militärischen Hintergrund von KIT-Forschungsprogrammen gefragt. Das geht klar aus der ddp-Pressemitteilung <sup>1</sup> vom 12.12.2009 hervor.

## Militarisierungskonzept zivil-militärische Zusammenarbeit

Der friedensbewegte Leser der Antworten des Ministers könnte geneigt sein, sich beruhigt zurückzulehnen. Dabei wird aber das generelle Konzept der Bundesregierung übersehen, alle zivilen gesellschaftlichen Bereiche mit militärischen Zwecken zu durchdringen. Als Beispiel dafür die Kooperationsvereinbarung zum Einsatz von Bundeswehr-Referenten in Schulen.

Danach dürfen diese bei den SchülerInnen nicht mehr nur für die Wehrpflicht werben, sondern sie künftig auf die spezielle Sicht des Militärs zum Thema Sicherheit und Friedenssicherung durch weltweite Kriegseinsätze einschwören. Eine gezielte Vorbereitung dafür, dass sie sich später an der Uni begeistert militärischen Fragestellungen widmen.

## „dual use“ – militärische Steuerung von zivil deklariertes Forschung

Nach dem gleichen Muster ist das zivile Sicherheitsforschungsprogramm der Bundesregierung gestrickt. Nach außen mit zivilen Absichten und Finanzierung aus zivilen Quellen, aber tatsächlich so konzipiert, dass von vornherein militärische Interessen in der Entstehungsphase der Programme berücksichtigt werden. Das wird dadurch sichergestellt, dass ein Vertreter des Bundesverteidigungsministeriums im Programmierungsgremium sitzt. <sup>2</sup> Genau dasselbe passiert in der Projektsteuerung für den Uni-Sonderforschungsbereich "Kognitive Automobile", indem dort zwei Vertreter aus dem Bereich der militärischen Forschung mitbestimmen.

## Zivilklausel schafft Klarheit

Die Zivilklausel des Forschungszentrums hat mehrfachen Versuchen standgehalten, sie durch „dual use“-Konzepte auszuhöhlen. <sup>3</sup> Wenn es die KIT-Verantwortlichen und das Ministerium Ernst meinen mit den Antworten, können sie der von Studierenden und vielen anderen geforderten einheitlichen KIT-Zivilklausel zustimmen. Dann hätte KIT nicht mehr zwei Gesichter. Die unmittelbare Konsequenz wäre, dass die beiden genannten Projektleiter ihrer Funktionen enthoben werden müssten.

Dietrich Schulze, 2. Februar 2010



<sup>1</sup> <http://www.ad-hoc-news.de/militaerforschung-feature-studenten-protestieren-gegen--/de/Politik/20792410>

<sup>2</sup> <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1553>

<sup>3</sup> <http://hikwww1.fzk.de/br/content/pdf/HGF-Zivil-140602.pdf>